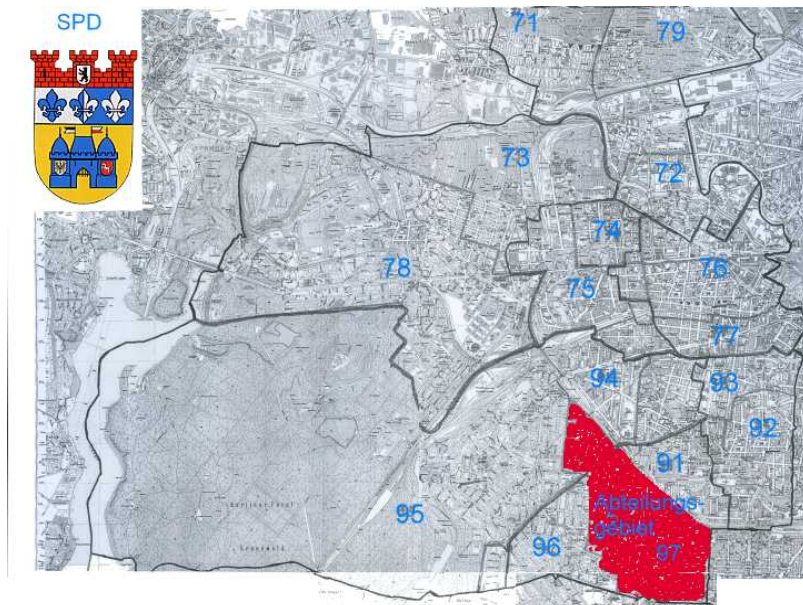


Der Rote Wilmersdorfer Süden

INFORMATIONEN FÜR MITGLIEDER



INHALT:

Auf ein Wort

Bericht über die Mitgliederversammlung am 7. November 2017

Aktuelles aus dem Abgeordnetenhaus

Aktuelles aus der Bezirksverordnetenversammlung

Parteijubilare

Termine und Impressum

Auf ein Wort

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir können politisch auf allen Ebenen auf ein äußerst turbulentes Jahr zurück blicken. Für uns Sozialdemokraten war und ist die Situation auf Bundesebene sehr schwierig. Nach den deutlich verlorenen Wahlen zum Deutschen Bundestag im September hat sich die Partei - von einer Vielzahl Genossinnen und Genossen begrüßt – für einen Neustart in der Opposition entschieden und dies durch Beschluss des Parteivorstandes nach dem Scheitern der Sondierungen von CDU, CSU, Grünen und FDP noch einmal ausdrücklich bekräftigt und dabei verdeutlicht, dass neben der nun wieder möglichen Großen Koalition auch andere Optionen, wie zum Beispiel eine Minderheitenregierung, möglich sei. Zugleich hat der Bundespräsident in Gesprächen mit den Parteivorsitzenden alle Anstrengungen unternommen, die Parteien zur Zusammenarbeit zu bewegen, um mögliche Neuwahlen zu verhindern.

Der Gedanke an eine Neuauflage der Großen Koalition mit einer erneuten Zusammenarbeit mit der CDU/CSU trifft aber offensichtlich in der Mitgliedschaft auf keine große Unterstützung. So hat der Berliner Landesvorstand auch deutlich vor einem Eintritt in die Große Koalition gewarnt, die Jungsozialisten unter ihrem neuen Bundesvorsitzenden aus Berlin, Kevin Kühnert, lehnen diese vehement ab. Der gerade beendete Bundesparteitag der SPD hat dazu beschlossen, mit der CDU/CSU ergebnisoffene Gespräche über eine Regierungsbildung zu führen. Dies schließt auch die Duldung einer Minderheitenregierung nicht aus. Im Vordergrund muss dabei aber die Durchsetzung der sozialdemokratischen Kernthemen stehen.

Leider hat der Berliner Antrag, vor der Aufnahme von Koalitionsgesprächen eine Mitgliederbefragung durchzuführen, keine Mehrheit gefunden. Nun soll ein Bundesparteitag entscheiden. Die Mitglieder sollen nun wohl erst nach dem Abschluss möglicher Koalitionsverhandlungen befragt werden. So stelle ich mir eine Neuaufstellung der Partei aber nicht vor.

Bemerkenswert bei dem ganzen Thema „Regierungsbildung“ ist aber auch, wie sich die Medien und Teile der Öffentlichkeit erneut auf die SPD „einschießen“. Schon vor der Wahl wurde die SPD niedergeschrieben, auch nach der Wahl als Wahlverlierer gescholten und zum Teil mit Häme überhäuft. Jetzt fordern die Gleichen die staatspolitische Verantwortung von der SPD ein und verurteilen sie als Verweigerer, weil die SPD nicht sofort in eine Große Koalition eintreten will. Dabei wird schon wieder ganz vergessen, dass gerade die FDP sich einer Übernahme von Regierungsverantwortung verweigert hat und offensichtlich die nunmehr geschäftsführende Bundeskanzlerin als Parteivorsitzende der CDU nicht in der Lage war, die Sondierungsgespräche mit der CSU, FDP und den Grünen erfolgreich zu führen. Im Übrigen sei daran erinnert, dass die SPD im Laufe ihrer Geschichte immer wieder aus staatspolitischer Verantwortung Entscheidungen getroffen hat, die später von den Wählerinnen und Wählern nicht honoriert wurden und sogar mehrfach auch zur Spaltung bzw. Abspaltung geführt haben.

In Berlin blicken wir auf das erste Jahr der Regierung von rot/rot/grün unter Michael Müller zurück. Neben anfänglichen Schwierigkeiten innerhalb der Koalition, die auch von den Diskussionen um den kurzzeitigen Staatssekretär Andrej Holm von den Linken, geprägt waren, hat die Arbeit des Senats und der Koalition Fahrt aufgenommen und kann – trotz des andauernden negativen Trommelfeuers der Presse gegen diesen Senat – erste Erfolge verzeichnen. Gerade der vom Senat vorgelegte und nun im Abgeordnetenhaus zu beschließende

Doppelhaushalt 2018/2019 schafft nicht nur Spielräume für politische Entscheidungen, sondern zeigt auch die Schwerpunkte auf, in denen es in den nächsten Jahren zu Verbesserungen mit spürbaren Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt kommen wird.

Nicht vergessen wollen wir aber auch, dass die schrecklichen Ereignisse vom 19. Dezember 2016 vom Breitscheidplatz, die so kurz nach der Konstituierung des neuen Senats eingetreten waren, nicht ohne Auswirkungen auf alle Verantwortlichen geblieben sind und noch heute insbesondere die Arbeit in den Sicherheitsbehörden beeinflussen. Gerade in der Innen- und Sicherheitspolitik nimmt unverändert die Erinnerung und das Gedenken an die Opfer des Anschlags sowie ihrer Angehörigen einen hohen Stellenwert ein und fordert unsere Unterstützung. Mit Genugtuung können wir dabei feststellen, dass wir mit Andreas Geisel einen Senator haben, der an der Spitze der Innenverwaltung umsichtig, aber auch entschieden agiert.

Innerhalb der SPD-Abgeordnetenhausfraktion werden wir uns auf der Fraktionsklausur im Januar auch mit der Arbeitsweise und dem Klima innerhalb der Fraktion beschäftigen, um in den kommenden Jahren die Herausforderungen einer wachsenden Stadt bewältigen und dazu beitragen zu können, dass die SPD auch künftig stärkste Fraktion im Abgeordnetenhaus bleibt. Dazu müssen aber sowohl die Fraktion als auch der Senat ihre Erfolge besser kommunizieren.

Für unsere Abteilung kann ich erfreulich feststellen, dass mit der Eröffnung meines Bürgerbüros in der Landdauer Straße/Ecke Ahrweilerstraße der Wahlkreisabgeordnete und damit auch die SPD im Kiez Präsenz zeigen und dieses Wahlkreisbüro von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen wird. Für das kommende Jahr plane ich die Durchführung verschiedener Veranstaltungen und Gesprächsrunden ebenso wie die Herausgabe eines Newsletters.

Durch etliche Neueintritte und Zuzüge hat unsere Abteilung wieder das von uns gesetzte Ziel, die Mitgliederzahl von 200 in der Abteilung zu überschreiten, erreicht. Es ist für uns eine große Herausforderung und Chance, mit den Ideen und Wünschen der Mitglieder, sowohl der Neumitglieder als auch der treuen langjährigen Mitglieder, von denen wir in diesem Jahr wieder einige für ihre Mitgliedschaft ehren konnten, die Zukunft unserer Abteilung in den nächsten Jahren gestalten zu können. Auf einer Vorstandsklausur am 23. Januar 2018 werden wir die Planung unserer Aktivitäten für das kommende Jahr vornehmen und auch die Jahreshauptversammlung mit den Vorstandswahlen am 13. Februar 2018 vorbereiten. Ich lade euch schon jetzt zu dieser Versammlung ein, zu der aber auch noch gesondert schriftlich per Post eingeladen wird. Sehr erfreut waren wir, dass an unserer traditionellen Weihnachtsfeier am 28. November 2017 weit über 30 Genossinnen und Genossen unserer Abteilung teilgenommen haben.

Nun liegen die Festtage vor uns und dies ist für mich Anlass, Euch und Euren Angehörigen – auch im Namen des gesamten Vorstandes der SPD Abteilung 97 - ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest sowie ein gutes, gesundes und – gerade angesichts der vielen besorgniserregenden Krisenherde in der Welt – friedliches neues Jahr zu wünschen.

Herzlichst
Euer
Florian Dörstelmann

Bericht über die Mitgliederversammlung am 7. November 2017

Infolge der berufsbedingten Abwesenheit des Vorsitzenden Florian Dörstelmann eröffnete der stellvertretende Abteilungsvorsitzende Dr. Kai Lobo die Mitgliederversammlung und informierte darüber, dass die ursprünglich vorgesehene Referentin, Staatssekretärin Sawsan Chebli, kurzfristig aufgrund anderweitiger Verpflichtungen ihre Teilnahme an unserer Mitgliederversammlung absagen musste.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Dr. Kai Lobo 4 Neumitglieder in unserer Abteilung, die entweder in unseren Abteilungsbereich gezogen oder nach der letzten Bundestagswahl in die SPD eingetreten sind.

„Die aktuelle Diskussion um die Neugestaltung des Breitenbachplatzes“ - Referent: Andreas Kugler, MdA

Als Vorsitzender der in Steglitz-Zehlendorf beheimateten Nachbarabteilung am Breitenbachplatz und direkt gewählter Abgeordneter dieses Wahlkreises beschrieb Andreas Kugler zunächst die Situation am Breitenbachplatz, die durch die Autobahnbrücke besonders geprägt ist. Diese Brücke mit der Autobahnüberbauung an der Schlangenbader Straße und dem Autobahnstummel, der Richtung Steglitz in die Schildhornstraße mündet, ist ein Relikt aus der Zeit des Ausbaus zur autogerechten Stadt. Letztlich sind die Planungen dazu nicht fertig geworden und seit dieser Zeit aus den 1980iger Jahren wird dieses Autobahnteilstück stark genutzt, führt aber einerseits dazu, dass die Schildhornstraße zu einer am stärksten durch Schadstoff belasteten Straße in Berlin geworden ist und andererseits der Breitenbachplatz durch die Autobahnbrücke zerschnitten wird. Deshalb hat es schon in der Vergangenheit Diskussionen darüber gegeben, ob und wenn ja wie diese Situation verändert werden kann.

Nach Aussage von Andreas Kugler sind in Berlin sehr viele Brücken marode und müssen im Laufe der nächsten Jahre erneuert werden. Allerdings befindet sich die Brücke über den Breitenbachplatz in einem guten Zustand, sodass nicht damit zu rechnen ist, dass diese abgerissen wird. Dieses wäre ohnehin problematisch, da sich dadurch die Verkehrsströme auch in den umliegenden Straßen deutlich verändern würden und es wohl zu einer stärkeren Belastung der Wohnstraßen in Wilmersdorf und insbesondere der Mecklenburgischen Straße und der Wiesbadener Straße kommen dürfte.

Andreas Kugler wies darauf hin, dass sich in der Vergangenheit seine Abteilung und insbesondere Ulrich Rosenbaum dafür engagiert hat, zu einer Veränderung am Breitenbachplatz, die sich nicht nur auf die Autobahnbrücke bezieht, zu gelangen. Bis auf kleinere Veränderungen hat sich jedoch nichts ergeben und es ist auch nicht damit zu rechnen, solange hierzu nicht ein geäußertes Interesse vorliegt. Andreas Kugler schlug daher vor, dass sich im kommenden Jahr beide Abteilungen mal zu dieser Thematik treffen sollten, um gffs. ein gemeinsames Projekt zur Umgestaltung des Breitenbachplatzes unter Einbeziehung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu generieren, zumal es nach seiner Kenntnis gegenwärtig keine Pläne zum Breitenbachplatz gibt.

In der anschließenden Diskussion wurde die Situation der Gewerbetreibenden am Platz thematisiert, jedoch auch darauf hingewiesen, dass der Breitenbachplatz keine Einkaufsgegend ist und somit auch nicht im Fokus des mehrheitlich schwarz/grünen Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf steht. Ebenso wurde das fehlende Verkehrskonzept für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf kritisiert. Außerdem wurde angeregt, eine Verkehrszählung am Breitenbachplatz vorzunehmen, um konkrete Messwerte für künftige Planungen zu erhalten. Dabei sind aber auch die mittelfristigen Veränderungen im Verkehrsverhalten und zum Beispiel durch die

Elektromobilität zu berücksichtigen. Große Veränderungen hier werden wohl erst in der nächsten Generation erfolgen. Gleichwohl sind jetzt kleinere Verbesserungen möglich und umsetzbar.

“Aktuelle Bezirkspolitik” - Referentin: Constanze Röder

Constanze Röder ist seit September 2017 Vorsitzende der SPD Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf, die insgesamt 15 Mitglieder umfasst und in der aus 6 Fraktionen bestehenden BVV die größte Fraktion bildet. Allerdings gibt es nach den letzten Wahlen keine rot/grüne Zählgemeinschaftsmehrheit mehr, sondern diese konnte nur durch Unterstützung der Fraktion “Die Linke” erreicht werden.

Nach Aussage von Constanze Röder lag der Schwerpunkt der Arbeit in der BVV nach der Sommerpause bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes für die Jahre 2018/2019. Erfreulich dabei ist, dass es bei den geplanten Personalausgaben aufgrund der wachsenden Stadt einen Mittelaufwuchs von rd. 3,7 Mio. € einschließlich Sachmittelpauschale gibt, wonach nunmehr auch zusätzliche Stellen für den Bezirk in den Schwerpunkten Bürgerämter, Standesamt, Jugend und Stadtentwicklung durch Neueinstellungen insbesondere von Fachkräften besetzt werden können. Allerdings dauern im Bezirk die Einstellungsverfahren noch immer 9 bis 12 Monate. Von der FDP und der AfD sind zum Haushalt keine Initiativen ausgegangen, die CDU hat sich im Haushaltsausschuss beim Doppelhaushalt enthalten und in der BVV dagegen gestimmt. Unabhängig von der Beschlussfassung über den Haushalt 2018/2019 hat das Bezirksamt für 2017 eine Haushaltssperre verhängt, weil eine deutliche Mehrbelastung durch die Transferleistungen droht.

Weiter informierte Constanze Röder darüber, dass die Flüchtlinge aus dem Rathaus Wilmersdorf in Kürze in Tempohomes im Stadion Wilmersdorf umziehen sollen.

Im Bezirk stehen zahlreiche bauliche Veränderungen an, sodass hier zukunftsweisende Diskussionen zu führen sind, die auch die notwendigen Veränderungspotenziale aufzeigen. Allerdings liegt die politische Verantwortung für das Baurecht in dieser Wahlperiode nicht mehr bei der SPD, sondern bei den Grünen, deren Baustadtrat Oliver Schruoffenegger durchaus eigene Interessen verfolgt. Im Bereich der Kolonie Oeynhausen hat zwischenzeitlich die Bebauung begonnen, an verschiedenen Standorten werden Kitas ausgebaut und zur Umgestaltung des Olivaer Platzes wird ein Kompromiss an einem runden Tisch gesucht.

Problematisch ist nach Aussage von Constanze Röder der noch nicht geregelte Umgang mit Obdachlosen in Berlin, zumal der Bezirk mit der Bahnhofsmision am Bahnhof Zoo in besonderem Maße betroffen ist.

In der anschließenden Diskussion bildete das Thema “Schaffung bzw. Erhalt bezahlbaren Wohnraums im Bezirk” einen Schwerpunkt. Gerade die in unserem Abteilungsbereich und Wahlkreis von der Deutschen Wohnen ergriffenen Maßnahmen zu Mietsteigerungen und Klagen gegen den Mietpreisspiegel machen nach Auffassung der Abteilungsmitglieder ein Handeln des Bezirks und des Wahlkreisabgeordneten erforderlich, auch wenn die Handlungsmöglichkeiten nur sehr eingeschränkt sind. In diesem Zusammenhang wurde auch die Mietpolitik der Bausenatorin Lompscher kritisiert, die sich sehr stark auf Bestandsmieten konzentriert, dabei aber Neubaumaßnahmen nicht fördert. Im Bezirk gibt es allerdings nur noch wenig bebaubare Fläche. Weiter wurden von Mitgliedern die Wohnbebauung am Westkreuz sowie die Bebauung des ehemaligen Reemtsma-Geländes an der Mecklenburgischen Straße, das allerdings als Gewerbegelände im Bezirk erhalten werden soll, thematisiert. Außerdem wurde in der Diskussion eine deutliche Beschleunigung der Einstellungsverfahren von Personal durch Optimierung der Prozesse gefordert, da ansonsten die Gefahr besteht, dass der Bezirk in Konkurrenz zu anderen Bezirken und zur Senatsebene bei der Personalgewinnung deutlich in Nachteil gerät.

Aktuelles aus dem Abgeordnetenhaus

Auch zum Jahresende 2017 wurden im Berliner Abgeordnetenhaus wichtige sowie interessante Debatten geführt. In diesem Beitrag möchte ich mich auf drei Themen, namentlich den Flughafen BER, den Prozess der umfassenden Sanierung von Schulen und das Wachstum des Online-Handels als Herausforderung für Berlin, fokussieren.

Bekanntermaßen ist der Bau des Flughafens BER keine Erfolgsgeschichte. In der SPD-Fraktion ist dies, wenig überraschend, Konsens. Unser Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen machte im Plenum des Berliner Abgeordnetenhauses klar, worum es von nun an gehen muss: Die Herausforderungen rational abarbeiten, anstatt zu skandalisieren. Mit dieser Aussage hatte er vor allem die Fraktionen der AfD sowie der FDP im Auge. Hinsichtlich des BER hat der Berliner Senat drei Prioritäten: 1) die schnellstmögliche Inbetriebnahme, 2) die Fertigstellung des Terminals 1, und 3) die Umsetzung des Masters-Plans der drei Flughafengesellschafter. Dem Ergebnis des Volkentscheides vom 24.09.2017 muss Respekt gezollt werden. Deshalb wurde der ehemalige Richter am Bundesverwaltungsgericht, Stefan Paetow, beauftragt, ein Gutachten zu der Frage, ob eine Offenhaltung des TXL rechtlich überhaupt möglich wäre, anzufertigen. Basierend darauf wird es eine Diskussion im Abgeordnetenhaus sowie eine Senatsentscheidung geben. Beim Umgang mit dem Volkentscheid-Ergebnis darf nicht außer Acht gelassen werden, dass das Land Berlin den Mitgesellschaftern, Brandenburg sowie dem Bund, das weitere Vorgehen nicht einfach diktieren kann.

Bildungssenatorin Sandra Scheeres verteidigte sich im Parlament gegen die Behauptung aus den Reihen der Opposition, dass die Sanierung von Schulen nur im Schneckentempo vorankäme. Dass es einen Sanierungsstau gibt, weil der Senat über viele Jahre hinweg radikal sparen musste, ist hinlänglich bekannt und wird seitens unserer Partei nicht bezweifelt. Gleichzeitig sind die in der jüngsten Zeit gemachten Fortschritte nicht von der Hand zu weisen. Die Stadt Berlin hat mit den Bezirken Vereinbarungen zur Zusammenarbeit getroffen, um den überforderten Bezirken einen großen Teil der Last abzunehmen. In den nächsten Jahren wird der Berliner Senat rund 5,5 Milliarden Euro in die Hand nehmen, um Schulen zu sanieren und mehr Lehrer einzustellen.

Im Rahmen meiner letzten Rede im Plenum vom 30.11.2017 äußerte ich mich zur Forderung der FDP, der Senat solle hinsichtlich der aktuell problematischen Zustellung von Paketen eine Beschwerde an die Bundesnetzagentur richten. Ich machte den Kolleginnen und Kollegen der FDP deutlich, dass ihr Antrag – in seiner gegenwärtigen Form – keine Aussicht auf Erfolg hat. Ja, das Wachstum des Online-Handels, welcher sich in den letzten fünf Jahren verdreifacht hat, ist eine Herausforderung für Städte wie Berlin. Einerseits ist der städtische Einzelhandel bedroht und andererseits werden Bus- und Fahrradspuren zweckentfremdet. Dies sind Probleme, für die die Politik in den nächsten Jahren Lösungen finden muss. Der Vorschlag der FDP ist jedoch inhaltlich zu dünn, um umgesetzt werden zu können. Sobald sie klärt, wie genau eine Beschwerde aussehen soll und welche Belege es für Verstöße von Paketdiensten gibt, kann man neu beraten.

Florian Dörstelmann, MdA

Aktuelles aus der Bezirksverordnetenversammlung

Die SPD-Fraktion wird in der Dezember-BVV schwerpunktmäßig das Thema „Situation der Kitaplätze im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf“ in Form einer Großen Anfrage „Kitaplatz für alle?“ und begleitenden Anträgen „Kitapätze ausbauen“ sowie „Ombudsstelle auch im Kita-bereich einrichten“ aufgreifen.

Auch im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf werden Kitaplätze dringend benötigt, insofern fordern wir in unserem Antrag, dass das Bezirksamt sich auch intensiv für die Schaffung von neuen Kinderbetreuungsplätzen einsetzt.

Ein Anliegen von Eltern aus dem Bezirkselfternausschuss der Kitas greifen wir mit unserer Forderung auf, dass sich das Bezirksamt beim Senat für die Einrichtung einer Ombudsstelle im Bereich Kita ähnlich wie dem Qualitäts- und Beschwerdemanagement Schule einsetzen soll.

An fast jeder Grundschule im Bezirk gibt es unterschiedliche Probleme, die für die Schüler und Schülerinnen einen sicheren Weg zur Schule erschweren.

Ausgehend von dieser Diskussion werden wir daher als SPD-Fraktion den Antrag „Neue Konzepte für den Schulweg an Grundschulen“ einbringen.

Anfang Dezember kam die BVV-Fraktion zu einer Klausurtagung zusammen und hat zum einen Bilanz der bisherigen BVV-Arbeit sowie über die Schwerpunktsetzungen für das Jahr 2018 diskutiert.

Die Ergebnisse der Klausur werden in den Facharbeitskreisen der Fraktion weiter diskutiert werden.

Ein Hinweis für Mitglieder:

Die Facharbeitskreise stehen interessierten Mitgliedern offen. Wer sich inhaltlich in die Kommunalpolitik einbringen möchte, kann gern in den Facharbeitskreisen mitarbeiten.

Constanze Röder

Parteijubilare

Traditionell im November ehrt unser Kreis die Parteijubilare.

Aus unsere Abteilung blicken in diesem Jahr

Wolfgang Geske

Bärbel Kirchner und

Dr. Demetré Zavlaris

auf eine 50 jährige Mitgliedschaft sowie

Inge Klostermeier

Rita Lintz und

Peter Starmann

auf eine 40 jährige Mitgliedschaft in der SPD zurück.

Allen Genossinnen und Genossen herzlichen Glückwunsch und herzlichen Dank.

Termine und Impressum

Dienstag, 09. Januar 2018, 19.30 Uhr
Dienstag, 23. Januar 2018, 19.00 Uhr

Mitgliederversammlung zum Thema Künstlerkolonie
Klausur des Abteilungsvorstandes

Dienstag, 13. Februar 2018, 19.00 Uhr
Dienstag, 27. Februar 2018, 19.30 Uhr

Jahreshauptversammlung mit Wahlen
Jour fixe

Sitzungsort: Restaurant Prometheus, Schlangenbader Straße

Impressum:

SPD Landesverband Berlin
Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf
Abteilung 97
www.wilmersdorf-sued.de

Redaktion:

Florian Dörstelmann (V.i.S.d.L.P.)
Udo Rienaß